

Sudetendeutsche Vereine bildeten in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts keine einheitliche Gruppe. In dem Zeitraum nach den revolutionären Umstürzen in der Mittel- und Osteuropa stellten sich die Sudetendeutschen Organisationen verschieden und mit verschiedenen Konzeptionen der Lösung vom historischen Problem, das mit der Vertreibung-Aussiedlung der nationalen Gruppe aus den böhmischen Ländern nach dem zweiten Weltkrieg in den Jahren 1945/1946 zusammenhängt.

Die aktivste Organisation ist in der Zeit bis zur Verabschiedung der Tschechisch-deutschen Deklaration die Sudetendeutsche Landsmannschaft gewesen, die Organisationen der Sudetendeutschen Vereine umfasst. Von denen sind die bedeutendsten die katholische Ackermann Gemeinde, die sozialdemokratische Seliger Gemeinde und der national konservative Witikobund gewesen.

Die katholische Ackermann Gemeinde hat sich am meisten um Vergleichung von historischen Streitfällen bemüht, dabei hat die Versöhnung mit Tschechen für diese Organisation die Priorität gebildet, die vorrangig vor Ansprüchen an Eigentumsentschädigungen und vor Aufhebung der nachkriegserischen Legislative gewesen ist, die Entrechtung der ganzen nationalen Gruppe und Vorbereitung auf ihre Aussiedlung bedeutet hatte. Die A-G, eng angeschlossen an die katholische Kirche, hat die Notwendigkeit hervorgehoben, das Unrecht aus der moralischen Ansicht zu beseitigen und binnen den ganzen 90er Jahren hat sie auch diese Ansicht durchgesetzt. Eigentumsansprüche hat zwar der Verein nicht aufgegeben, sind aber nicht als Priorität gefunden worden. Der Verein hat auch eine ziemlich erfolgreiche Zusammenarbeit mit Subjekten und Persönlichkeiten auf der tschechischen Seite aufgenommen und er ist auch gut durch einige Persönlichkeiten auf der bayrischen politischen Szene vertreten worden.

Seliger Gemeinde hat es im Vergleich dazu trotz erfolgreichen Anfängen nicht geschafft, engere Beziehungen mit der tschechischen sozialdemokratischen Partei anzuknüpfen und auch nicht einmal die starke Persönlichkeit ihres Vorsitzenden und seine Kontakte vor allem zu der bayrischen politischen Elite hat den Einfluss auf ihren politischen Partner nicht erreicht – SPD, die den Forderungen der Ausgesiedelten eher opponiert hat. Seliger Gemeinde hat sich auch als Repräsentanten der Sudetendeutschen Gruppe betrachtet, die am meisten vom Unrecht betroffen gewesen ist, denn die Soziale Demokratie hatte sich als einzige relevante Sudetendeutsche Bewegung der nazistischen Totalität gewährt und deshalb hat diese Sache einige ihre Mitglieder vieles gekostet. Darum hat auch die Bewegung ausdrücklicher als die A-G nicht nur die Aufhebung der Benes-Dekrete haben durchsetzen wollen aber auch das Recht auf Heimat oder Eigentumsansforderungen, aber auch trotzdem hat sich die ganzen 90er Jahren die A-G als der zweite Sudetendeutsche Verein profiliert, die sich ausdrücklicher um

Versöhnung und Angleichung historischer Konflikten engagiert hat. Das Problem der Sudetendeutschen sozialen Demokraten hat aber auf ihrer gemeinsamen Schwäche beruht, nicht nur drinnen in der Sudetendeutschen Bewegung, sondern auch auf dem Mangel an relevanten Partnern, an einem Problem, mit dem die Seliger Gemeinde schon in letzten Zehnjahren gekämpft hatte.

Der nationalistische Witikobund ist ein bedeutender Gegner der A-G gewesen, als dem Hauptprotagonisten der Versöhnungspolitik. Er hat nicht nur die Rückgabe von allem Eigentum oder die volle Entschädigung, Aufhebung der Benes-Dekrete und der zusammenhängenden Legislative, sondern auch als die einzige Sudetendeutsche Bewegung auch die Umwertung der staatsbildenden Position der Grenzgebieten der Tschechischen Republik eher gefordert, als allgemein formuliertes Recht auf Heimat. Witikobund hat aus seiner scharfen Rhetorik gewonnen, die es ihm oft gelungen ist hinter die allgemein Sudetendeutsche Ansichten zu verstecken. Der Einfluss des Witikobundes ist nicht einmal im Sudetendeutschen Landsmannschaft grundlegend gewesen, nicht in der personalen oder institutioneller Sicht, aber der Verein hat geschickt ihre mediale „Attraktivität“ für eine Vorlegung der Agenda ausgenutzt, auf die Anderen haben reagieren müssen.

Die Dachorganisation Sudetendeutsche Landsmannschaft ist traditionell der Hauptakteur des ganzen Zeitraums gewesen. SL hat in den 90er Jahren keine einfache Position gehabt, denn sie ist zwischen Müllsteinen von minimal zwei gegenstehenden Richtungen gestellt worden, die in den meisten Hauptmomenten in Meinungen auf die Politikführung in der neuen Zeit nach dem Fall des Kommunismus in der Tschechischen Republik auseinander gegangen sind.

Die Führung von SL hat sich, vor allem wegen dem Druck der lauten und sehr gut organisierten Minderheit des Witikobundes um Kompromisse in Führung von der Sudetendeutschen Politik bemüht. Diese Kompromisse haben sich bei Durchsetzung von mehr oder weniger gleichen Zielen gezeigt, die eigen A-G oder S-G gewesen sind – und zwar Aufhebung von Benes-Dekrete und zusammenhängender Legislative, Kompensation vom Vermögen und Heimatrecht. Das Kompromiss hat aber im rhetorischen Zurückstellen von der Durchsetzung der definitiven Versöhnung mit Tschechen und in der Hervorhebung von materiellen Anforderungen bestanden. SL hat deshalb oft aus dem Grund der Beruhigung von ihren eigenen Radikalen in Richtung Tschechien Worte benutzt, die Befürchtungen erweckt haben, ihr Image hat dies beschädigt und den Zielen nicht viel geholfen. Die Feststellung, dass die radikale Rhetorik den Interessen der Sudetendeutschen eher schadet und die Annäherung zum ermäßigten Auftreten ist in der zweiten Hälfte der 90er Jahren spät gekommen und hat keinen Einfluss auf den Abschluss der Tschechisch-deutschen Deklaration gehabt. Mit radikalen Stellungnahmen haben sich vor allem zwei Männer geäußert: Franz

Neubauer – Fritz Wittmann, wobei Fritz Wittmann seine Position auch durch bedeutende Funktionen im Bundestag der BRD unterstützt hat.

Ein weiteres Problem der SL als der Dachorganisation ist der Abstand von A-G und S-G von nominaler Führung der Sudetendeutschen nationalen Gruppe mittels der Landsmannschaft gewesen. „Meinungsgemeinschaften“ haben sich zwar nie direkt von der SL Führung distanziert, aber ihre Aktivitäten sind meistens von der SL unabhängig gewesen und ihre Führungsvertreter haben nicht nur einmal die Führungsposition von SL abgelehnt. Der Mangel an Partnern drinnen in der SL hat sehr dem Witikobund geholfen, um seinen Manöverraum zu erweitern. Dieser Zustand hat zu Situationen geführt, wo es nicht in der SL zu grundsätzlichen Debatten über das Ziel der Organisation unter verschiedenen Richtungen gekommen ist und in der Plattform der SL (regionale Vereine, Bundestag) haben sich eher laute Befürworter des Witikobundes durchgesetzt, dagegen hat Führung der SL gestanden. Dieses Defizit habe als Effekt die Erstarrung in der Entwicklung gehabt, die Unfähigkeit auf die neue Situation zu reagieren und ihre Grundziele neu zu definieren, denn die Führung der SL aus der Befürchtung vor Witikobund und Zerspaltung der Bewegungseinheit (die Einheit war allein Objekt der scharfen Kritik von der Seite der gemäßigten Sudetendeutschen Organisationen) keine Änderungen durchgesetzt hat.

Dagegen Befürworter der gemäßigten Führung der Sudetendeutschen Politik haben in der Mitte von 90er Jahren versucht, der SL das Monopol für die Vertretung der Sudetendeutschen mit Hilfe einer einmaligen Aktion des Sudetendeutschen Rates, des Körpers von der SL abhängig ohne autonome Entscheidungszuständigkeiten, durch Aufforderung des Rates zum Dialog mit den tschechischen Politikern. Keiner Nachklang der tschechischen Seite hat aber den Versuch um Verstärkung des Sudetendeutschen Rates begrabt.

Auf dem politischen Niveau hat die SL bedeutendere Vertretung nur bei der bayrischen CSU gefunden, die außer paar Ausnahmen (Vermögensforderungen, Recht auf Heimat im Sinne des Erwerbens der verfassungs-rechtlichen Anerkennung der Position der zweiten Staatsnation) die Anforderungen der SL minimal rhetorisch unterstützt und auf der Bundesebene verteidigt hat. Die Bemühung der Bayerischen Regierung war vor allem die tschechische Seite zu den Verhandlungen mit der SL über die umstrittenen Fragen zu verhandeln, was während den ganzen 90er Jahren nach den schüchternen Versuchen nicht gelungen ist. Falls es noch in dem Jahre 1992 nach der Ratifikation des Tschechoslowakisch-deutschen Vertrags CSU auf dem Boden des Bundestages und Bundesrates abgelehnt hat, im Jahre 1997 haben ihre Abgeordneten für die Tschechisch-deutsche Deklaration die Hand gehoben. Diese Entwicklung war vor allem wegen dem Wunsch nach der Beendung der historischen Streitigkeiten verursacht, die SL vor allem wegen der Unfähigkeit klar ihre Ziele zu formulieren eher vertieft als lösen geholfen hat. Die praktische Politik hat schließlich über die oft ehrlich gemeinte Unterstützung der Sudetendeutschen Anforderungen überwogen und

trotz oft eigenartige Präsentation des bayrischen Ministerpräsidenten Edmund Stoibers schließlich zur entsprechenden Adaptierung in dieser Frage des politischen Mainstreams der BRD geführt hat – Versöhnung und Beendigung der historischen Streiten.

Die wesentlichen Gründe der Unstimmigkeit zwischen der politischen Linie der SL und den politischen Parteien in der BRD war vor allem unterschiedliche Wahrnehmung der Anforderungen an die Abfindung mit dem nachkriegserischen Vertreibung, als vor allem die bayrische Regierung eher einen moralischen Gesten gefordert hat wie im Falle der Eigentumsfragen, als auch im Falle des Rechtes auf Heimat. Die SL im Vergleich dazu hat am Anfang die reale Erstattung des beschlaggenommenes Eigentums und die Stellung des Sudetendeutschen auf das Niveau der staatlichen Nation im Rahmen der Tschechischen Republik – in diesen Fällen hat sie aber keine Hilfe von der Seite nicht nur der bayerischen sondern auch keine Hilfe der Bundesregierung bekommen. Bezüglich der Unfähigkeit der SL ihre Grundanforderungen zu definieren war es nicht klar, welche Interpretation der Begriffe wie Recht auf Heimat oder Recht auf Selbstbestimmung, die ganze nationale Gruppe vertritt – ob die radikale, die vom Witikobund kommt, oder die vor allem der Ackermann-Gemeinde repräsentiert. Die Aufforderungen der bayerischen und Bundespolitikern zur Bildung der Konzeption für die Zukunft haben bei der SL keinen Erfolg erwartet und deshalb hat vor allem die CDU/CSU die Konzeption ohne der Teilnahme der SL durchsetzen müssen.

Die politischen Anforderungen der SL haben auch bestimmte mediale Resonanz in den deutschen Periodiken gezeigt, wobei sich am bedeutendsten für die Sudetendeutsche Sache die konservative Tageszeitung Frankfurter Allgemeine Zeitung gestellt hat. Sein Herausgeber Johann Georg Reißmüller hat sich weitgehend für die Popularisierung des Begriffes „Benes-Dekrete“ eingesetzt (im Sinne der legalen Unterlage für die Politik der ethnischen Säuberungen, die nicht mit dem europäischen Wertesystem vereinbart sind.) Die Ikone „der Benes-Dekrete“ ist für die lange Zeit einigermmaßen sehr übertriebenes Symbol des unversöhnlichen Streites der zwei nationalistisch abgemessener Gruppe, die rückwärtig das politische Geschehen in beiden Ländern beeinflusst hat.

Das Resultat meiner Forschung ist das Erkennen, dass die Sudetendeutsche Repräsentation in den 90er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland zu uneinheitlich gewesen ist, damit sie einen bedeutenderen Einfluss auf die Spitzenpolitik hat erreichen können. Einzelpersonen haben zwar bedeutende Funktionen vertreten, aber am meisten haben sie sich mit ihrer Funktion und von ihr abgeleitendem Ressort ihrer Tätigkeit, als mit der Durchsetzung der Politik der Vertriebenen befasst, die in dem vorigen Jahrzehnt des letzten Jahrhunderts schon längere Zeit vor allem ein historisches Problem gewesen ist.

Zum allmählichen Verfall des Einflusses der SL hat vor allem ihre Unfähigkeit der Reform und Formulierung neuer Ziele und Strategie geholfen. Den Einfluss des radikalen

Witikobundes sehe ich vor allem in seiner Fähigkeit eine Agenda zu feststellen, zu welcher sich die anderen Sudetendeutschen Organisation und auch die Führung der SL selbst haben auseinander stellen müssen. Die SL selbst hat aber diese Rolle, bezüglich ihres ersten Interesses die Einigkeit der ganzen nationalen Gruppe zu halten, oft nicht geschafft und auch wenn de facto die Politik des Witikobundes überhaupt nicht durchgesetzt hat, hat ihm oft den Raum für Visualisierung dank ihrer unbestimmten Stellungnahmen gelassen, die oft zweisprachig und so wie eine Drohung wahrgenommen geworden sind.